



Initiativantrag an den 4. Gewerkschaftstag der PRO-GE

Wir erleben die höchste Inflation der letzten Jahrzehnte. Schon seit Mai 2021 liegt die Teuerungsrate über dem Zielwert der Europäischen Zentralbank von 2%, der russische Angriff auf die Ukraine hat die Situation dramatisch verschärft.

Seit vielen Monaten hat die österreichische Politik nahezu jede Gelegenheit verpasst, wirkungsvolle Maßnahmen gegen diese Teuerungswelle zu ergreifen: Der Strompreis ist weiter an den Gaspreis gekoppelt, von wirkungsvollen Preiskontrollen (geschweige denn Preisobergrenzen) keine Spur, Grundnahrungsmittel und Güter des täglichen Bedarfs werden nach wie vor voll besteuert, die Mieten steigen weiter und die Profite der Krisengewinner bleiben weitestgehend unangetastet.

Als Konsequenz hat Österreich nun eine der höchsten Inflationsraten innerhalb der Europäischen Union, in den ersten fünf Monaten des heurigen Jahres betrug sie im Schnitt 10%.

Die Wucht dieser Teuerungswelle bedroht zunehmend den Lebensstandard unserer Kolleg:innen oder drängt sie gar in die Armut. Während Konzerne satte Gewinne einfahren und von der Politik verwöhnt werden, zahlen Arbeitnehmer:innen, Pensionist:innen und Konsument:innen drauf.

Es muss endlich gehandelt werden!

In dieser Ausnahmesituation müssen alle das tun, was in ihrer Verantwortung steht. Als Gewerkschaft haben wir – gemeinsam mit den Betriebsrät:innen und Beschäftigten – Lohnabschlüsse in bemerkenswerter Höhe durchgesetzt. Diese Lohnerhöhungen waren allen unseren Kolleg:innen eine bessere und vor allem nachhaltigere Unterstützung als die Einzel- und Einmalmaßnahmen der Bundesregierung.

Wir werden auch weiterhin in jeder Branche um nachhaltige Reallohnzuwächse für unsere Kolleg:innen kämpfen und daher keinen Kollektivvertrag unter der den jeweiligen Verhandlungen zugrunde liegenden Inflation abschließen.

Doch auch die beste Lohnpolitik kann allein die drohenden Verwerfungen in unserer Gesellschaft auf Dauer nicht verhindern. Dazu muss auch die öffentliche Hand regulierend in die Preise eingreifen.

Wenn nun weder die Offensichtlichkeit des Problems, noch das Drängen von Wirtschaftsexpert:innen oder die dramatischen Schilderungen der Sozialorganisation imstande sind, die politisch Verantwortlichen zum Handeln zu bringen – **dann muss der Druck erhöht werden!**



Wir stehen dazu bereit!

Die gewerkschaftliche Mobilisierung hat bereits im vergangenen Jahr mit einer großen betriebsrätlichen Teuerungskonferenz und Demonstrationen in allen Bundesländern unter dem Motto „Preise runter“ begonnen. Wir sind aber noch lange nicht am Ende der gewerkschaftlichen Möglichkeiten.

Wir richten eine Reihe an sinnvollen und notwendigen Forderungen an die hohe Politik:

- Einführung eines Preisdeckels für Strom und Wärme
- Aussetzung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel und Güter des täglichen Bedarfs
- Einführung einer Mietpreisbremse für alle Mieten
- Schaffung einer Anti-Teuerungs-Kommission mit wirkungsvollen Kontroll- und Sanktionsbefugnissen im Kampf gegen zu hohe Preise und Preistreiberei
- Reform der Sozialhilfe und höheres Arbeitslosengeld, um Armut zu verhindern
- Ausweitung der Übergewinnsteuer und Besteuerung von Millionenvermögen zur Finanzierung dieser Maßnahmen
- Faktor Arbeit steuerlich entlasten, statt Konzernsteuern zu senken

Die Zeit läuft – ab jetzt!

Wir erwarten uns, dass noch im Sommer politische Maßnahmen ergriffen werden, die die Inflation spürbar senken.

Geschieht das nicht, werden wir ab Herbst unsere Kolleg:innen entsprechend in den Betrieben informieren und gemeinsam mit ihnen – und vielen anderen Betroffenen – Aktivitäten in jedem notwendigen Ausmaß entfalten, um die politisch Verantwortlichen zum Handeln zu bringen.

Um diese gewerkschaftliche Mobilisierung so kraftvoll wie möglich und branchenübergreifend zu organisieren, werden wir diesen Antrag in entsprechender Form auch am ÖGB-Kongress 2023 einbringen.